

# Dresdner Volkszeitung

Postkassentor: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Postkonto: Gebr. Henckels, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen  
„Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für ausserordentliche An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche  
40 Proz. Rabatt. Für Beleglieferung 10 Pf.

Nr. 85

Dresden, Dienstag den 13. April 1926

37. Jahrg.

## Der unbequeme Staatsanwalt

Fort mit dem Seer, er ist Republikaner

In Chemnitz rollt ein Prozeß ab, der die interessante Geschichte der Justiz in der deutschen Republik um ein an Werkwürdigkeit reiches Kapitel bereichert. Ein Staatsanwalt ist angeklagt.

In unserm deutschen Vaterlande reifen die Klagen darüber nicht ab, daß unsre Justiz nicht unparteiisch ist, daß sie sehr mißlich gegen die Feinde der Republik und sehr streng gegen ihre Anhänger. Der Staatsanwalt, der in Chemnitz angeklagt ist, ist kein Gegner der Republik, im Gegenteil, ein Republikaner, ein Sozialdemokrat. Er soll nicht scharf genug gewesen sein gegen links und nicht milde genug gegen rechts. In dem Deutschland Wilhelms II. galt ein Staatsanwalt oder Richter als besonders schneidig, der mit großer Schärfe den Apparat gegen die Feinde der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung handhabte. Wer dabei half, rote Preßblätter gehässig mit Gefängnis zu versorgen, konnte auf eine gute Karriere rechnen. In der deutschen Republik darf ein Justizbeamter nicht zu deutlich zeigen, daß er Republikaner ist. Das ist gefährlich.

Mit großem Aufwand wird der Prozeß gegen den Oberstaatsanwalt Asmus betrieben. Tagelang beschäftigt sich das Gericht damit, die Parteilichkeit des Angeklagten zu „feststellen“, und die Art des Illustrationsverfahrens ist nicht schon kennzeichnend genug für diese Justiz. Man wolle, dieser Oberstaatsanwalt hat es gewagt, eine scharfe Prädikation eines Mannes zu verlangen, der den Reichspräsidenten Ebert auf einer Schießbudenfigur mit einer Schnapsflasche darstellte! Wie wäre es wohl im alten Deutschen Reiche einem Manne gegangen, der Wilhelms II. die Freiheit für eine Schießbudenfigur bezeugt hätte, selbst wenn er diesen Instrument des Himmels statt der weltelastischen Schnapsflasche eine aristokratische Champagnerflasche in die Hand gedrückt hätte? Hätte es da auch nur ein W. Geldstrafe gegeben? Der Künstler, der sich so an seiner heiligsten Majestät versündigt hätte, wäre auf Jahre ins Gefängnis gewandert.

In der gestrigen Verhandlung des Gerichts ist man nun auf die Fälle eingegangen, die Asmus den Hals brechen sollten, und es hat sich nur zu deutlich gezeigt, auf wie furchtbar schwachen Füßen die ganze Anklage steht. Es wäre noch nichts gegen den Angeklagten bewiesen, wenn das Gericht zu der Überzeugung gelangte, daß Asmus in dem einen oder andern Fall juristisch nicht richtig verfahren ist. Schließlich hat bisher noch niemand von einem Staatsanwalt Unfehlbarkeit verlangt. Wenn drei Juristen über eine Frage ihre Meinung abgeben, sind ja sehr oft drei Meinungen vorhanden, und wenn die Herren Juristen sich nicht so leicht irren könnten, so würde es nicht so unvorstellbar sein, daß die Staatsanwälte Menschen für schuldig hält und Anklage erhebt und die Gerichte sie dann freisprechen. Dabei handelt es sich bei den Entscheidungen des Staatsanwalts sehr häufig um sogenannte Ermessensfragen. Darüber, in welchen Fällen bei einer Beleidigung ein öffentliches Interesse vorliegt und deswegen dem Staatsanwalt Anklage erheben werden muß, lassen sich keine festen Grundregeln aufstellen. Hier wird stets die Persönlichkeit und Denkweise des Staatsanwalts, der zu entscheiden hat, eine große Rolle spielen, aber auch einen derartigen Fall hat man herbeizuziehen, um eine Verurteilung des Genossen Asmus herbeizuführen. Asmus hat sich geweigert, wegen Beleidigung eines Oberstaatsmanns Anklage zu erheben, von dem ein böser roter Redakteur gesagt hat, er habe eine Schönheitsrunzeln-Auge. Wenn von einem Reichspräsidenten oder einem republikanischen Minister die Rede gewesen wäre, kaum jemand wäre auf den Gedanken gekommen, es könnte hier eine Beleidigung vorliegen. Aber nicht einem leidhaftigen Oberstaatsmann, da ist es natürlich was anderes.

Würde mit denselben Methoden, die gegenüber Asmus angewandt werden, die Amtstätigkeit aller Staatsanwälte nachgeprüft, so gäbe es wahrscheinlich in ganz Deutschland kaum einen Staatsanwalt, dem nicht ein mehr oder weniger wohlwollender Kollege einen derartigen Prozeß auf den Hals laden könnte. Aber Asmus ist Republikaner, ist Sozialdemokrat, unsre Richter und Staatsanwälte haben sich, von selber nur allzuwenig Ausnahmen abgesehen, als Angehörige jener Herrenkaste, die dem alten Deutschland nachtrauert. In diesem alten Deutschland war es zwar möglich, daß ein halb- oder ganz verrückter Mensch auf dem Throne saß, aber daß ein ehemaliger Sattlergeselle als Kaiserpräsident wurde, daß ehemalige Schlosser und Wandrer Minister und damit — o Graus — Vorgesetzte von Korpsstudenten und Reservelieutenants wurden, das kam nicht vor. Der Staatsanwalt oder Richter, der sich offen und ehrlich zur Republik bekennt, der es sogar waagt, hat an die Seite des empörtstrebenden Proletariats zu stellen, der gilt seiner Berufs- und Standesgenossen als ein Unheimlicher, als ein Verräter. Er wird gehäßt mit dem ganzen Haß, den man dem sogenannten Kneipen entgegenbringt. Ein solcher Mann muß raus.

Neugierig sind wir, was Herr Binger zu diesem Prozeß Asmus sagen wird. Herr Binger hat bisher stets

so getan, als ob alle Vorwürfe gegen die sächsische Justiz unberechtigt wären. Binger mag nicht bösen Willens sein, er ist selbst ein deutscher Richter gewesen und gehört zur Deutschen Volkspartei. Was kann man da von dem Mann verlangen? Wird Herr Binger aber auch versuchen, die Vorgänge, die sich jetzt in Chemnitz abspielen, zu rechtfertigen, auch die famosen „Illustrationsmethoden“, auch die Geschichte vom Ebert mit der Schnapsflasche? — Wir sind wirklich neugierig.

(Prozeß-Bericht siehe Seite 8 der Beilage)

## Volksbegehren für Aufwertung

Der Sparerbund hat jetzt den schon seit Monaten angekündigten Gesetzentwurf über ein Volksbegehren für die Aufwertung fertiggestellt. Dieser Entwurf sieht eine allgemeine Aufwertung der Hypotheken auf 50 Prozent halt der im Gesetz vom 15. Juni 1925 vorgesehenen Erhöhung auf 25 Prozent vor. Ferner sollen alle seit dem 1. Januar 1919 zurückerstatteten Hypotheken ohne Ausnahme aufgewertet werden. Dabei wird der Zinsanspruch des Gläubigers erhöht, insofern das Kapital von 1925 an mit 3 Prozent, von 1926 an mit 4 Prozent und von 1927 an mit 5 Prozent verzinst werden soll. Für Darlehensgeber und Besicherungsansprüche wird ebenfalls eine Aufwertung von 50 Prozent gefordert.

Der Sparerbund hat den größeren Parteien inzwischen seinen Gesetzentwurf zur Kenntnis gebracht und sie um eine Stellungnahme ersucht. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihre Antwort bereits erteilt.

## Unter dem Druck der Strafe!

Wie die Weinsteuer zu Fall kam

H. F. Als nach Ablauf der alten Handelsverträge 1918 die autonomen Sätze des Zolltarifs in Anwendung kamen, da hatten die deutschen Weinbauern gute Zeiten. Der Zoll auf Wein, der vom Ausland nach Deutschland hereinkam, schenkte mit den autonomen Sätzen auf 60 Mark in die Höhe. Das war endlich ein Zollfuß so recht nach dem Herzen der Agrarier! Wirkte er doch fast wie ein Einfuhrverbot, das ja der gewöhnliche Wunsch aller Agrarier ist. Italien — die deutsche Weinbauindustrie, die mit Weinländern, wie z. B. Spanien, vorher gute Geschäfte machte, kam unter den Schritten. Handelsverträge werden in der kapitalistisch kopierten Welt nach dem bekannten Motto gemacht: „Dau' du weissen Juden, bau' ich deinen Juden.“ Während die deutschen Weinbauern schöne Tage erlebten, ging es einem nennenswerten Teil der deutschen Industrie unter den Folgen der hohen Weinzölle immer schlechter; nach Spanien hatte die Industrie fast ganz aufgehört, wie wiederholt amtlich festgestellt wurde. Da sich Deutschland gegen die Einfuhr spanischer Weine sperren, zeigte Spanien gleichartige Maßregeln gegen die Einfuhr deutscher Industrieprodukte. Für die deutsche Wirtschaft hatte dieses Gemenge Spiel aber infolge der großen Bedeutung, als der deutsche Weinbau gegenüber der Gesamtindustrie keine große Rolle spielt, während das von den Industriegruppen, die ihre Waren nach dem weitauswärtigen Ausland verschicken, wohl gesagt werden kann. So entwickelte sich hier ein Konflikt zwischen agrarischen und industriellen Interessen.

Er wurde des erstenmal offen bei der Beratung der neuen Handelsverträge zwischen Deutschland und Spanien. Die Weinger, hauptsächlich die von Mosel, Saar und Ruwer, ließen Sturm gegen die Ansicht einer starken Ermäßigung des Weinzolles, den man Spanien Konzessionen machte, wollte man der deutschen Industrie die Ausfuhr nach dort hin wieder ermöglichen. Die Regierung trat

## Internationale und Völkerbund

C. Zurich, 12. April. (Sig. Transp.)

Die Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale besetzte am Montag in autokratischer Verhandlung ihre Züricher Tagung. Vor allem beschloß sie, als Demonstration gegen die Freilassung der Mörder Matteotti, des großen Mätrers des Sozialismus, ein Denkmal zu errichten, das im Volkshaus zu Brüssel aufgestellt werden soll, in der Erwartung, daß die Zeit nicht allzu fern sei, wo es möglich sein wird, in dem vom Faschismus besetzten Italien selbst ein Denkmal Matteotti zu errichten. Die Exekutive beschloß ferner, einen besonderen Matteotti-Fonds zu stiften, der als internationaler Hilfsfonds für die Arbeiterbewegung der Länder ohne Demokratie dienen soll. Die angeschlossenen Parteien werden aufgefordert, am 10. Juni, wenn der Todestag Matteotti sich zum zweitenmal jährt, den Grundstein zu diesem Fonds zu legen. In dem Mai-Aufruf, der die Probleme der Arbeiterklasse, des Arbeiterbundes und des Kampfes gegen den Krieg in den Vordergrund rückt, werden auch diese Beschlüsse, die sich gegen den Faschismus und die Reaktion wenden, bekanntgegeben. — Die Kommission, die zur Beratung der Fragen

Völkerbund, Abrüstungskonferenz und Wirtschaftskonferenz eingesetzt war, legte folgende Entschliessung vor, die einstimmig angenommen wurde:

„In der Überzeugung, daß der Weltfrieden für die Erreichung der Ziele der sozialistischen Arbeiter-Internationale, für die Befreiung der Arbeiterklasse von der kapitalistischen Herrschaft und für die Errichtung der sozialistischen Republik eine unumgängliche Voraussetzung ist, erinnert die Exekutive an die Resolution des Moskauer Kongresses über die internationale sozialistische Friedenspolitik. Die S. A. hat damit ihre Stellung zum Völkerbund bestimmt. Sie fordert, daß

der Völkerbund allmählich und demokratisiert werde. Als sich im März die Gelegenheit bot, einen entscheidenden Schritt zur Verwirklichung des Völkerbundes zu tun, wurde sie nicht genutzt. Dieses bedauerliche Ergebnis war eine Folge der Methoden der Geheimdiplomatie und weiterhin dadurch verursacht, daß man die Völkerbundversammlung nicht jene Rolle spielen ließ, die ihr nach dem Völkerbundvertrag zukommt. Es ist von höchster Bedeutung, daß der Völkerbund nicht noch einmal in die Gefahr kommt, eine derartige Niederlage zu erleiden. Die Völkerbundversammlung im September muß Deutschland ohne Rücksicht in den Völkerbund aufnehmen und ihm einen dauernden Ratssitz geben. Es muß gefordert werden, daß die demokratischen Tendenzen im Völkerbund stärker zur Geltung gelangen, und daß insbesondere

Die Vollversammlung in Zukunft nicht mehr dem Kaiser untergeordnet wird, daß sie im Gegenteil die wichtigsten Angelegenheiten die Initiative übernimmt; ihr obliegt es vor allem, in der Septembertagung die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden:

1. Die Ratssitze durchweg durch Wahlen besetzt werden. Wenn es zu schwierig erschiene sollte, im gegenwärtigen Augenblick dieses Prinzip in seiner ganzen Strenge durchzuführen, wenn die Mächte, die gegenwärtig einen dauernden Ratssitz innehaben, auf ihr Verrecht nicht verzichten, so es nicht angängig sein kann, Deutschland dieselbe Stellung wie Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan zu verweigern, sollte sein Eintritt dennoch nicht um den Preis anderer Maßnahmen vom Prinzip der Wahl besetzt werden, dem man im Gegenteil eine immer strengere Anwendung geben muß, um Neutralität und Kampfe um Einfluß und Gleichgewicht zu vermeiden, in deren Folge das Ansehen und das Wirken des Völkerbundes geschwächt würde.

Die Frage der Demokratisierung des Völkerbundes weist auf der Tagesordnung der Internationale. Die Exekutive wird in ihrer nächsten Sitzung die einer Neuprüfung unterziehen. Es ist nötig, die Vollversammlung darauf aufmerksam zu machen, daß die friedlichen

Beziehungen zwischen dem Völkerbund, wie sie die Sozialdemokratie vertritt, ihren wahren Gehalt nicht in den Rhythmen, in militärischen Bündnissen und der Geheimdiplomatie finden können, sondern nur in einer Völkerbundspolitik.

Die die Regelung aller Konflikte durch friedrichterliche über andere friedliche Methoden fördert.

Die Exekutive betont die gebietende Notwendigkeit, zu einer schnelleren Einigung über das größtmögliche Ausmaß der Abrüstung zu kommen. Sie stellt fest, daß der unruhig unternommene diplomatische Versuch, dem Willen der Völker, die von der Last der Rüstungen befreit werden wollen, Genüge zu leisten, das Problem des Weltmilitarismus nur leicht getreift hat. Die Exekutive stellt weiter fest, daß eine Politik der internationalen Zusammenarbeit nur insoweit mit Erfolg betrieben werden kann, als die Demokratien sich entschließen, im Völkerbund die entscheidende Organisation für die Lösung der internationalen Probleme zu sehen.

Die Exekutive beschließt, eine Kommission zu wählen, die das Problem der Abrüstung

zu prüfen hat, wie es dem Völkerbund vorliegt. Sie erhebt schon heute Protest gegen die in gewissen Kreisen vorhandene Auslegung des Völkerbundes, nach der die angeschlossenen Nationen nicht das Recht haben sollen, in dem Ausmaß, das sie für nötig halten, abzurufen. Die Internationale muß die gesamte Tätigkeit des Völkerbundes aufmerksam verfolgen; sie muß die Aufmerksamkeit der angeschlossenen Parteien auf die Wichtigkeit der Verwirklichung der sozialistischen Einflüsse in allen Organen des Völkerbundes lenken. Sie muß sich schließlich auch bemühen, in jedem Falle die Übereinstimmung zwischen den Parteien herzustellen, um die Annahme der Entschliessungen, die nach ihrem Wunsch formuliert wurden, durch die Völkerbundversammlung herbeizuführen. Die Exekutive erinnert daran, daß die Sozialistische Partei Deutschlands gemäß der Moskauer Resolution eine energische Aktion geführt hat, deren Ergebnis die deutsche Regierung bestimmte, den Eintritt in den Völkerbund nachzusuchen. Die Exekutive hofft, daß auch die Arbeiter Amerikas und Russlands, an die die Internationale gleichzeitig einen Appell gerichtet hat, fordern werde, daß ihre Regierungen eine internationale Völkerbundpolitik verfolgen und so immer mehr die Idee eines weltumfassenden und demokratischen Organes für die Bewahrung des Friedens verwirklicht wird.“

Der Antrag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (U. A. P.), daß die S. A. bei der „Kommunistischen Internationale“ in Moskau in der Frage der Bildung einer all-umfassenden Internationale werden möge, wurde nach einer eingehenden Diskussion mit 247 gegen 3 Stimmen (U. A. P. und I. S. P. Polens) abgelehnt. Der Exekutive der S. A. lag außer dem begründeten Vorschlag der U. A. P. und der abweichenden Antwort der Labour Party ein ausführliches Memorandum des Sekretärs der S. A. vor. Die Exekutive beschloß, auch dieses Memorandum der Öffentlichkeit zu übergeben, und behandelte dann eine Reihe von anderen einen Bericht der bulgarischen Sozialdemokratie über den Kampf für die Annexion entgegen, in dem konstatiert ist, daß die Aktion, für die sich die Sozialdemokratie mit aller Kraft eingesetzt hat, schon einen wesentlichen Erfolg gehabt hat. Erwähnenswert ist die Abhaltung einer Konferenz zur Behandlung der Transaktion des sozialistischen Nachrichtenendienstes.

Die nächste Sitzung des Bureau der S. A. wird in London am 17. Mai 1926 zusammentreten. Am Schluß der Tagung wiederholte der Genosse Henderson die Einladung der englischen Labour Party an die Sozialistische Arbeiter-Internationale, ihren nächsten internationalen Kongreß im Jahre 1927 in London abzuhalten. Die Einladung wurde einstimmig angenommen.



dafür ein, da sonst der Abschluß eines Handelsvertrags mit Spanien unmöglich erübrigen. In einem solchen Verträge hat aber die Gesamtheit Deutschlands ein großes Interesse, und sie muß selbstverständlich einer kleinen Gruppe von agrarischen Sonderinteressen vorangeht werden. Im Reichstage gab es monatlich harte Kämpfe um diesen Vertrag, da inzwischen die Deutschnationalen in die Regierung gekommen waren. Schließlich kam der Vertrag doch zustande, die Regierung aber machte den Agrariern die Konzeption des Handelsvertrags mit Spanien sofort wieder zu kündigen, als er in Kraft trat. So etwas hätte die Welt wohl noch nicht gesehen! Die Schiele-Regierung aber brachte das fertig. Seitdem hängen die Handelsinteressen zwischen Deutschland und Spanien wieder in der Schwebe, der abgeschlossene Vertrag gilt jedoch zunächst provisorisch weiter.

Nach diesem Vertrag wurde der Zoll auf ausländischen Wein auf 30 Mark herabgesetzt. Natürlich hätte dieser Zollschutz einen starken Einfluß auf die Preise der inländischen Weine aus, die unter dem 60-Mark-Zoll wachsend in die Höhe gestiegen waren. Darob großer Lärm in den Kreisen der Weinbauern. Durch die Presse und durch Eingaben wurden der Reichstag und die Öffentlichkeit bestärkt, den Ministern zu helfen, daß viele von ihnen — besonders die Nationalen — durch die plötzliche Veränderung der Zollverhältnisse in Schaden geraten sind, was gegeben werden. Daß die Zollfrage aber so allgemein und so groß ist, wie es nach dem Schicksal eines Gesetzes bekanntlich stets gut vorhanden. Das können haben die Agrarier allen Grades bekanntlich sehr gut vorhanden. Und der Sturm war auch diesmal von Erfolg! Es wurde den Ministern ein Reichskredit von 50 Millionen Mark im Jahre 1925 einräumt, von dem allerdings nach Angaben der Regierung nur 30 Millionen flüssig gemacht werden soll. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß der Wert der gesamten deutschen Weinerzeugung etwa 70 Millionen Mark beträgt. Darin 20 Millionen Mark. Aber die durch zollfreie und ausnahmsweise Agrarieren aufgestellten Weinbauern war das noch lange nicht genügend. Reichens hatten sie sich auf die Verneinung der Weinsteuern erachtet, obwohl sie haben die Erhebung dieser Steuer, und obwohl der Wegfall dieser Steuer in der gegenwärtigen Lage geradezu unannehmlich ist! Ganz und gar dem Zweck widerspricht, der mit dem Steuerabbau für die Weinsteuern erreicht werden soll. Die Agrarierpartei (1) forderten unter dem Druck von außen die Befreiung der Weinsteuern aus politischen Gründen. Sie durchdringen den Steuerabbau der Regierung und anderen diese, andererseits zu machen! Der Wunsch der Weinsteuern warf den ursprünglichen Plan des Finanzministers Reibel über den Haufen.

Das kam so! Am 26. Februar gegen an die tausend oder noch mehr Weinbauern in Verhaftung an der Mosel nach dem Zoll- und Steuergebäude. Die anwesende Waise drang ohne Widerstand zu finden, in die Amtsräume. Die Weinsteuern wurden zerhackt, allen aus den Regalen gerissen, haufenweise auf die Straße geworfen und verbrannt. Nachdem das alles hat geschehen können, verhielt die Polizei wie ein geistesloser Automat. Darauf am neuen Amtsräumen der Winger in Wochen. In Verhaftung und Umkleung wurden die Sturmplößen der katholischen Kirchen, Klöster, Verhaftung wurde umstellt, fast kann man von einer regelrechten Woyzeitz sprechen. Die Pflichten schämen eine Demonstration auf das Landratsamt mit dem Ultimatum, daß das Amt geschlossen werde, wenn nicht binnen zehn Minuten die Verhafteten freigelassen würden! Und sie wurden freigelassen! Die 26 Mann Schupo mochten die Verhaftung des Amtsgebäudes gar nicht erst. Die Rentkassen hatten ihren Willen durchgesetzt!

Es kann seinem Interesse unterliegen, daß das, was in Verhaftung hat erregt, nach Reich und Reichspräsident den Tatsachen der Landeshauptstadt, Aufreißer, der Regierung und Gesamtanwesenheit erregt. Und Arbeiter, arme Gewerbetätige, die sich in mühseligem bergweiter Kollage zu beratigen Erstellen hintergehen müssen die ganze Strenge des Gesetzes fühlen. Ob der Aufruhr an der Mosel überhaupt ein gerichtliches Nachspiel haben wird, ist sehr fraglich. Der doch der sogenannte Wingerausbruch des Reichstags, der nach dem Tumult eingeleitet wurde, beschließen, bei der preussischen Regierung dafür einzutreten, daß, wenn es zu einem Prozeß kommt, die etwa Verurteilten „sofort begnadigt“ werden. — Wir haben gegen diese Waise schließlich nichts einzuwenden. Aber Schlussfolgerungen für andere derartige Fälle müssen unbedingt gezogen werden: man soll Arbeiter, gegenüber in gleichen Fällen in gleicher Weise verfahren! Und insofern muß der Zoll in Verhaftung gut vorgekehrt werden!

Laut ist die juristische und strafrechtliche Seite des Vorfalls. Nicht minder wichtig ist die politische Seite. Nur unter dem Druck dieses Wingerausbruchs ist die Weinsteuern gefallen! Ohne ihn hätte niemand ernsthaft unter den jetzigen Verhältnissen daran gedacht. Sogar ihre Verfeinerer seien ein, daß der Wegfall dieser Steuer den Winger wenig oder gar nicht zuhurt zur Verzeigerung ihrer angeblichen oder wirklichen großen Kollage. In gewisser Hinsicht kann er diese immer verhängen. Denn die Steuer, die für 1926 und 20 Millionen Euro in den Etat eingestellt war, im Jahre 1926 rund 20 Millionen Euro, wird natürlich auch von den einzelstaatlichen ausländischen Weinen, sogar mit von dem auf ihnen liegenden Zoll erhoben. Der Erlang der Steuer von ausländischen Weinen oder wohl ungefähr die Hälfte des Gesamtbeitrags aus! Der Wegfall der Steuer wird demnach auch dem Auslandweinen zugute kommen, die verbilligen, dadurch die Einfuhr erleichtern und den deutschen Winger die Konkurrenz verhängen. Das ist auch ein wirtschaftlicher „Erfolg“! — Der Wai der Weinbauern hat ihren Grund in einer Woyzeitz. Deshalb war der Vorfall des Reichsfinanzministers im Hinblick des Reichstags, von Reichs wegen Wein abzunehmen, besser und richtiger als alle Kreditaktionen, weil er sofortige und wirksame Hilfe bringen konnte. Den lehnte man aus formalen, spezifischen Gründen ab. Der Minister drang mit seinem Standpunkt: „Die Aufhebung der Weinsteuern ist ausgeschlossen“ nicht durch. Der „politische Grund“ — den man hier schneller fand und berücksichtigte, wie in Sachfen — schlug durch. Die Abgeordneten der Weinbaugesetze bangten vielleicht um ihre Mandate.

Vermessenerwert ist auch noch, wie die Prozedur im vorigen Jahre zurgeföhrt worden ist. Man hatte beschlossen, die zur Verhaftung geteilte Summe nach der Schablone auf den Detail-Rechtsfälle umzusetzen und zu verteilen. Bei 50 Millionen kommen da auf den Vektor rund 1100 M. Ganz gleich, ob es sich um Groß- oder Kleinbesitzer handelt. Wir wissen, daß mancher Großbesitzer behauptet, daß er nur ein großer Bauer ist, daß ihm eine solche Hilfe kommt, die er nicht braucht und nicht verlangt hat. Er wird vernünftiger ist man in Preußen verfahren, wo man nur Weinbauern, die bis zu 5000 Taler Acker haben. Indem man sich man auch im Reich auf den Trichter gekommen. Die vom vorigen Jahre nach zur Verfügung stehenden 40 Millionen Mark sollen nunmehr „nur den wirtschaftlich mittleren und kleinen Winger“ gegeben. Besonders schwerbedrückte Weinbaugelände bevorzugweise berücksichtigt werden!

Es scheint, als ob die Tumulte der Winger im Reichstage bereits Schluß in andere agrarischen Kreisen zu machen beginnen. Nach Preheimeldungen sind dieser Tage etwa 4000 Landwirte des sächsischen Volkslandes, die in fünf Bundesstaaten per Eisenbahn angekommen waren, in Plauen vor die Amtshauptmannschaft gezogen, wo eine Überprüfung der Ackerrechnungen der Landwirtschaft auf Feuerlöscher und sozialistischen Gebiet überbracht. Die Demonstration ist ruhig und ordentlich verlaufen. Namentlich ist interessant und symptomatisch, daß man den Wünschen u. a. mit einem Hinweis auf die Wingerarbeiten in Verhaftung! Diese Demonstrationskommissionen, obwohl auch nicht einzigartig. — Man kann sich vorstellen, daß es überhand geföhrt sein. Das Vorgehen hat den Charakter in Verhaftung gegenüber böse Rufe und Gleichmut bewahrt. Es hat darüber hinaus eine große Aktion organisiert für die „Missionskämpfer“ an der Mosel aufgeführt. Die Sozialistengesellen wurden entlassen und verfahren. Bekannte Einzel, welche Waise! Und dann: u. a. so sie auch wiederum gegenüber sich verhalten!

Die englischen Bergarbeiter bleiben fest

S. London, 12. April. (Eig. Drahtb.) Der Ausschuß des Bergarbeiterverbandes des Distriktes Northshire beschloß am Montag unter Vorsitz des Präsidenten des britischen Bergarbeiterverbandes Herbert Smith, den Vorschlag, den die Exekutive am Freitag der Bergarbeiterkonferenz unterbreitet hatte und der sich gegen eine Verlängerung des nationalen Lohnabkommens, gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit und gegen jegliche Lohnherabsetzung richtet, anzunehmen. Herbert Smith sprach die Hoffnung aus, daß die Bergarbeiter dem Rufe des Verbandes loyale Folge leisten werden, falls es zum Kampfe kommen sollte. Er betonte, daß das Ergebnis der Abstimmung im Distrikt Northshire von entscheidendem Einfluß auf die übrigen Bergarbeiterdistrikte sein werde.

Der internationale Bergarbeitersekretär Lodge, der sich dahin aus sprach, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit unter Umständen einer Herabsetzung der Löhne vorzuziehen sei, hat in den Kreisen des Bergarbeiterverbandes starke Verstimmung erregt. Vom Sekretariat des Verbandes wird betont, daß Lodge keineswegs im Namen der britischen Bergarbeiter gesprochen habe, die unter allen Umständen gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit seien.

Der Diktator vor dem „Triumph“

E. Rom, 13. April. (Eig. Drahtb.) Der italienische Diktator leidet nach Verdrängung von Sobratta und Lepist Wagner sowie der Verdrängung des Adersbauministers am Donnerstag aus Tripolis nach Rom zurück. Er redet ununterbrochen. In einer dritten Ansprache, die er in Tripolis an die Bevölkerung hielt, erklärte er, seine Reise erfolge, um das Interesse des Italieners auf die überseeischen Probleme zu lenken. Die große Bewegung gegen die Autokratie hat die Autorität der Regierung geschwächt. — Unter „Triumph“ meint der Großsenator die Ausbreitung der imperialistischen Macht Italiens und des schließlichen Gewaltsystems über die ganze Welt. Nach jeder verdächtig gewordenen Diktator hat die Demokratie in der Welt aufrotten wollen — und noch jeder ist gescheitert.

Friedensbedingung: Beilegung Abd el Krims

P. Paris, 13. April. (Eig. Drahtb.) Im französischen Außenministerium wurden am Montag die ernüchterten Friedensbedingungen mitgeteilt, die Frankreich in der Vereinbarung mit Spanien den ausständischen Stimmen des Afrikas jenseitlich. Die Verhandlungen, die Ende dieser Woche beginnen sollen, werden, wie mitgeteilt wird, in keiner Weise die Vorbereitungen zu einer Offensive an der Marokkoffront unterbrechen. Man beschäftigt also, die Vertreter der Rifkämpfer während der Verhandlungen stets unter dem Druck einer drohenden Offensive zu halten. Die Bedingungen selber sind noch nicht genau bekannt, doch sollen sie sein: Unterwerfung der aufständischen Stimme des Rif unter die Oberherrschaft des Sultans, dafür aber Gewährung einer inneren Autonomie des Rif, die durch einen Krieg aufrechtzuhalten sei. Die Volksstämme seien zu ent-

zwängen. Was die Person Abd el Krims angeht, so werde seine Entlassung aus dem Rif gegen ehrenvolle Entschädigungen verlangt werden. Die Forderungen sollen in ultimativer Form gestellt werden.

Amerikas Luftrüstungen

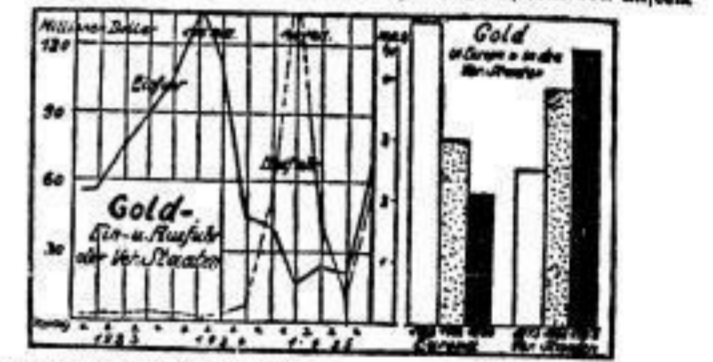
U. Washington, 13. April. (Eig. Drahtb.) Das Weissenhof hat am Montagabend mit 97 gegen 33 Stimmen dem Geset über den weiteren Ausbau der Luftstreitkräfte zugestimmt. Danach sollen in den nächsten fünf Jahren nicht weniger als 2200 Flugzeuge und 2 Aufschiffe, die dreimal so groß sein sollen, als der jetzige Typ, gebaut werden.

Englische Luftgeschwader in den Kolonien

S. London, 13. April. (Eig. Drahtb.) Am Montag mittags ist das erste britische Luftgeschwader zum Besuch von Südafrika in Kapstadt gelandet. Der Verteidigungsminister erklärte bei dem unter großer Teilnahme der Bevölkerung vor sich gehenden Empfang, daß ein Besuch von Luftgeschwadern in Zukunft nicht ungewöhnlicher sei als der von Kriegsschiffen. Der Fahrt der vier englischen Großflugzeuge nach Südafrika wurde damit in gewissem Sinne der Charakter einer Demonstration gegeben.

Die Goldanhäufung in Amerika

Ein weißer sichtbarer Ausdruck für den Niedergang der Wirtschaft Europas und den Aufschwung der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die internationale Goldbewegung. Seit der Weltkrieginamerika Europa ist ein ununterbrochener Goldstrom von unsam-



kontinent nach der Neuen Welt gegangen, und ein besonders starker gerade in den Nachkriegsjahren. 1913 war in Europa an Gold 1,8 Milliarden Dollar im Umlauf, 8,1 Milliarden Dollar lagen als Reserve bei den Notenbanken. Diese Reserven sind heute auf 2,8 Milliarden zusammengedrumpft, während der Goldlauf gleich viel geworden ist. In den Vereinigten Staaten liefen an Gold um und lagen als Reserve bei den Notenbanken vor dem Kriege 1,9 Milliarden und heute 4,5 Milliarden Dollar. Im letzten Jahre war zwar ein starker Rückfluß von Gold nach Europa festzustellen; die Vereinigten Staaten hatten einen Gold-Ausfuhrüberschuß von 134 Mill. Dollar. Indessen hat diese Bewegung im 4. Vierteljahr 1925 schon wieder aufgehört.

Schlußbetrachtungen

Die Lücken des Volksopfer-Prozesses

IV  
Ende Januar d. J. wurde in Chemnitz nach zweitägiger Verhandlung der gegen den sozialistischen Oberstaatsanwalt Dr. Hismus gerichtete Prozeß verurteilt, weil das Gericht für sehr notwendig hielt, fahndungsmäßig ermitteltes Beweismaterial durch Ausgrabung von Kleinfunden zu verdächtigen, die man zwar bereits während der Voruntersuchung mangelnder Beweisraft hatte unter den Tisch fallen lassen müssen, die aber nun doch noch zur Illustrierung der Gesamttätigkeit des Angeklagten dienen sollten. Nicht minder beifällig zeigte sich die Justiz bei der Behandlung des Falles Zeigner. Hat aber nun die gleiche Feinheitlichkeit auch gelegentlich des Volksopferprozesses vorgehalten? Wir sagen: Nein!

Der Volksopferfall hatte, wie kaum ein anderer, eine eminent politische Seite! Sie wurde nicht nur so viel als möglich überhört gelassen, verschiedentlich hat man sogar versucht — insbesondere gegen die durch Verleumdung — den politischen Charakter des Falles überhaupt wegzuleugnen! Auch die Art der Führung des Prozesses mußte den Eindruck erwecken, daß eine völlige Aufklärung, ein Aufzeigen aller Zusammenhänge nicht beabsichtigt war, daß vielmehr das Bestreben bestand, die Erörterungen nach der politischen Seite hin zu begrenzen und der Strafkammer lediglich das Gepräge eines gewöhnlichen Kriminalfalles zu geben. Und hätte der Hauptangeklagte Weigner nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit gründlich danebengehoben, so wäre manderlei unangenehm geblieben. Vor allem wären dann die moralisch Mitverantwortlichen und Mithilfsuldrigen, nämlich die Kreise, die hinter Weigner standen, die sich in einer Annahme sondergleichen als national und vaterländisch bezeichnen, nicht in der geschehenen Weise in das begrenzende Licht gestellt worden.

So, die Verdienste, die sich das Gericht um die Charakterisierung des politischen Hintergrundes der Volksopfer-Angelegenheit erworben, sind recht gering. Und die Bemühungen um eine Illustrierung der Gesamttätigkeit des Angeklagten, auf die im Falle Hismus so viel Gewicht gelegt wurde, hätte man sich schlechter vorstellen können. Wir sehen offenbar Mangel der Prozeßführung: Warum waren beispielsweise nicht die politischen unrechtmäßigen Annahmer des Volksopfers, die dem Vaterländischen Verbänden, dem Jungdo, dem Wertwolf, dem Stahlhelm, der Liga zum Schutze der deutschen Kultur, dem Sozialistischen Arbeiterpartei angehörten — warum waren jene Geldempfänger nicht als Zeugen geladen? Die Klitten unter Eid anstehen und über vielfältig überhand Wissenswerthes bekunden müssen! Man hat sich indessen mit der Vernehmung der Kriminalbeamten begnügt und der bei den „Vaterländischen“ Erörterungen betriebl und dem natürlich keine Eide anhaftet zu werden brauchen! Ferner: worum wurde auch der leicht erreichbare Dr. Wildgrube nicht als Zeuge vernommen, der von Weigner Geld zur Finanzierung des Sinfemannskandals erhalten hatte, über dessen Umstände seinerzeit beim Sinfemannprozeß an Gerichtsstelle so gar nichts Näheres erfahren war? Dr. Wildgrube hat während des Volks-

opferprozesses in den Zeitungen Erklärungen veröffentlicht, die die eigentlichen Schiebungen gelegentlich der Arrangierung des Sinfemannskandals erkennbar werden ließen. Wäre seine Vernehmung vor Gericht nicht zweckmäßig gewesen? Warum waren weiter jene 1000 Mark, die aus dem Volksopfer an den Neuen Sächsischen Lehrerverein gelangten, nicht im Öffnungsbeischluß enthalten und daher ursprünglich auch nicht Gegenstand der Verhandlung? Erst vom Zeitpunkt der Vernehmung Direktor Lehniß an erhielt man Kenntnis von jener Zuwendung! Es war auch kein Vertreter des genannten Lehrervereins als Zeuge geladen! Im Öffnungsbeischluß ist außerdem nicht das Weignerische Darlehen an das Institut „Kraft und Kunst“ enthalten gewesen. Man erfährt von diesem Darlehen erst aus dem Munde des ermittelten Kriminalbeamten.

Wir haben aber noch eine andere Frage. Haben die Untersuchungsbehörden nicht festzustellen vermocht, wohin die etwa 40 000 Mark verschwanden sind, die sich bei einem Verleumdung der im Öffnungsbeischluß aufgeführten und addierten Summen mit den auf 125 000 Mark besitzerten Gesamtunterschlüssen als unerklärliche Differenz ergaben? Sollte der hohe Differenzbetrag ganz und gar durch den Lebensaufwand Weigners verschluckt worden sein? Wir wollen es sofi nicht glauben.

Das Panama der Rechten

Obwohl nun aber gewisse Fragen nicht die im Interesse der Öffentlichkeit liegende Behandlung erfahren haben, hat der Volksopferprozeß nichtsdestoweniger eine „nationale“ Schwerezeit ohnegleichen aufgezogen! Zwei dunkele Ehrenmänner, in ihren Kreisen durch nichts als ihre monarchistisch-reaktionäre Gesinnung legitimiert, hinter der oben drein kraftlose Selbstsucht lauerte und gierte, gelangten in „nationalen“ Bezirken zu Ansehen, Würden und Einfluß. Der eine nannte sich Rittmeister und war Geheimer. Der andere war nicht der Major, für den er sich unbedenklich ausgab. Aber beide waren defraudanten großen Stils! Wir stimmen nicht ein in die beweglichen Klagen, die der Staatsanwalt in der Anklageerode, der Gerichtsöffnungsbeischluß in der Urteilsbegründung, verwickelte Klätter in Artikeln anstimmten und die von den betroffenen Vermisten der Armen reden. Viele von diesen Vermisten der Armen würden vielleicht, wenn sie die wahren Gesichter der Weigner u. Co. gekannt hätten, ohnehin auf quäntliche Almosen gern verzichtet haben! Wir sehen die weitestgehendere Erbarmlichkeit dieses Volksopferkandals in der Tatsache der Annahme von Geldern durch Kreise, denen die finibelsten Nachforschungen, wären sie nur notwendig gewesen, die Fragen über ihre „Vertrauensmänner“ hätten konnten! Doch als diese Kreise, die Weigner und Kaffler ahnungslos ohne jede Kontrollen ließen und wolkten Viehen, fast ohne ihr Zutun klar zu sehen benennen.

trieben sie aus „vaterländischen“ Interessen Verhinderung, so daß die defraudanten hätten unangefindert entkommen können! Was den „vaterländischen“ Anhängern lieber gewesen wäre! Das ist das Schlimmste an diesem Fall!

Während der Gerichtsverhandlung spukten ungenannte Erseinerungen hochgestellter nationaler Persönlichkeiten.

Handwritten notes and fragments from the right edge of the page, including parts of the article 'Leben' and other text.











# Ausschluß der Disziplinbrecher

In der Sitzung vom 12. April 1926 hat der erweiterte Parteivorstand des Osthafener Stadtbezirks die Stellung genommen gegen die in Ost-hafener Wohnhaftern Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei, die den Beschlüssen der Parteioberorganisation beharrlich entgegengetreten haben. Beim Bezirksvorstand waren 16 Anträge auf Ausschluß aus der Partei eingegangen. Der Ausschluß wurde der Antrag der Ortsgruppe Dresden-N. 5 zugrunde gelegt. Er hat folgenden Wortlaut:

„Die in Osthafener Wohnhaftern Abgeordneten Karl Wehke, Otto Wittner, Ernst Caska, Gustav Gildner, Oskar Wächter, Otto Kühn, Max Heldt, Hermann Müller, Otto Schombor, Ernst Bittel, Max Winkler, Robert Girth und Langhans sind auf Grund des § 28, Abs. 1 des Statuts wegen beharrlichen Zuwiderhandelns gegen Parteibeschlüsse und großer Verhöhnung gegen die Parteiprogramme aus der Partei auszuschließen.“

Dem Antrag wurde folgende Begründung beigelegt:

Die oben genannten Abgeordneten haben beharrlich die Beschlüsse der Parteioberorganisation mißachtet. Auch nach dem Heidelberger Parteitag haben sie Disziplinlosigkeit auf dem Parteitag der Aufhebung des Landtages noch für das Jahr 1925 bewiesen. Sie haben sich alles getan, um den Willen der Partei zu sabotieren. Eingegangene Vereinbarungen haben sie gebrochen, dem Parteivorstand abgegebene ehrenwörtliche Versicherungen haben sie nicht gehalten, der Entscheidung des Parteivorstandes haben sie getrotzt. Sie haben trotz mehrfacher Aufklärung des Parteivorstandes, sich für die Landtagsauflösung zu entscheiden, in der Sitzung der Fraktion vom 21. März gegen die Landtagsauflösung gestimmt, bzw. den in Übereinstimmung mit dem Parteivorstand gestellten sozialdemokratischen Antrag auf Landtagsauflösung in der Sitzung des Landtages vom 23. März nicht angenommen. Dieses ist geschehen, obwohl der Parteitag schon seitdem hatte, daß über die Frage der Landtagsauflösung in gemeinsamer Abstimmung Parteivorstand, Fraktion und Parteivorstand mit je einer Stimme entscheiden sollten. Die genannten Abgeordneten haben durch ihre Haltung die Partei schwer geschädigt. Die bis hergehenden reaktionären Parteien zuliebe haben sie sogar unter anderem dem Fraktionsbeschuß im Plenum des Landtages zu Fall gebracht, Gefährdung der Partei nicht wieder einzuführen. Ihre gesammelte parlamentarische Tätigkeit und ihre Disziplinlosigkeit machen den Ausschluß aus der Sozialdemokratischen Partei notwendig, als deren Vertrauenslose und Funktionäre sich die genannten Abgeordneten unwürdig erwiesen haben.“

Die in dem Antrag genannten Abgeordneten waren von der

Ortsgruppe sämtlich durch eingeschriebene Briefe rechtzeitig geladen worden, sind aber nicht erschienen. Auch die Sitzung des Bezirksvorstandes haben die 13 Abgeordneten trotz Einladung durch eingeschriebene Briefe vorgezogen, fernzubleiben.

Der erweiterte Parteivorstand machte sich die Begründung des Antrages zu eigen und beschloß ohne Debatte einstimmig den Ausschluß der genannten Abgeordneten aus der Sozialdemokratischen Partei. Durch die Annahme des Antrages der Ortsgruppe Dresden-N. 5 erledigten sich die Ausschlußanträge der Ortsgruppen Pirna, Dresden-N. 2, Dresden-N. 8, Meißen, Riesa, Wittenberg, Strießen 4, Dresden-N. 8, Klotzsche, Heidegau, Cotta, Dresden-N. 6, Dresden-N. Gruppen 1-6, Borsdorf und Freital.

Der Bezirksvorstand nahm ferner Kenntnis von der Kündigung des früheren Bezirkssekretärs Wehke durch den Parteivorstand.

Nebenbei kamen die Besprechungen der 23 Disziplinbrecher zur Sprache. Parteigenossen durch Sonderkonferenzen für ihre Zwecke zu gebrauchen. Hierzu wurden früher gefasste Beschlüsse erneuert, wonach die Veranstaltung von Sonderkonferenzen unvereinbar mit den Pflichten eines Parteigenossen ist. Ein Beschluß des Heidelberger Reichsparteitages, der Sonderkonferenzen verbietet, wurde zur Grundlage der Beschlusfassung gemacht. Die Parteigenossen werden um die Durchführung dieses Beschlusses ermahnt.

Mit Wehke nahm der Bezirksvorstand von der bedauerlichen Tatsache Kenntnis, daß die Dreifundzwanziger ganz offiziell reaktionäre Blätter, wie den Dresdner Anzeiger, zur Publikation gegen die Partei und im besonderen gegen den Parteivorstand benutzen. Diese schlechte Handlungsweise rücht sich noch selbst.

Kenntnis genommen wurde ferner von der Erregung weiterer Mitglieder über das schändliche Verhalten der Dreifundzwanziger. Die Erregung hat ihren Grund darin, daß dem Willen der Parteigenossen keine Geltung verschafft wurde. Nunmehr aber sind die Dreifundzwanziger aus der Partei ausgeschlossen und damit der Beweis erbracht, daß die Partei mit den Handlungen der Dreifundzwanziger nichts mehr gemein hat. In dieser Situation ist es nach der erfolgten Beschlusfassung des Bezirksvorstandes, der jedes einzelnen, der trotz zur Seite des Sozialismus tritt, in aller Unerbittlichkeit zur Partei zu ziehen und alles einzusetzen, um Schwierigkeiten, die der Partei durch das unehrenhafte Handeln der nunmehr ausgeschlossenen entstanden sind, zu beseitigen.

Der Bezirksvorstand der SPD Osthafen.

mittel des Rechnungsjahres 1927 bis zum 31. März 1927 bezugsfähig herzustellen. Wird diese Verpflichtung nicht erfüllt, so entfällt die Befreiung.

Die Befreiung soll nur dann gewährt werden, wenn der in der Gemeinde im Rechnungsjahr 1926 auskommende Wohnungsbauteil der Aufwertungssteuer aller Voraussicht nach ausreicht, das Bauvorhaben sicher zu finanzieren, ausnahmsweise auch dann, wenn die Gemeinde nachweist, daß ihr anderweitige Mittel zur Herbeiführung der vier Wohnungen zur Verfügung stehen.

Die Entscheidung, ob die Voraussetzungen der Befreiung erfüllt sind, wird den Bezirksausschüssen überlassen. Sie wirkt nur auf das Rechnungsjahr 1926. Die dem Ministerium eingereichten Gesuche sind den Amtshauptmannschaften überandt worden.

Wenn Gemeinden zwischen 1000 und 3000 Einwohnern, die bisher in der Verwendung der Mittel selbständig waren, bereits bestimmte Bauprogramme so weit vorbereitet haben, daß sie unmittelbar zur Durchführung gebracht werden können, oder sogar Bauvorhaben bereits in Angriff genommen haben, so haben die Amtshauptmannschaften bei der Verteilung der Mittel hierauf besondere Rücksicht zu nehmen.

## Das Bombenattentat auf die Synagoge

„Die Gelbesatten“ västlicher Jünglinge

Leipzig, den 11. April 1926.

Einige Tage nach dem Reichstagskriegertage in Leipzig wurden aufsehenerregende Gerüchte verbreitet, daß von Mitgliedern des Nationalsozialistischen Frontbanns in der Nacht zum 18. Oktober vorigen Jahres am Vorabend des Reichstagskriegertages ein Bombenattentat auf die jüdische Synagoge geplant war. Nach Ausführung dieses Komplotts sollten die Täter die Flucht ergreifen, so daß es den Anschein erweckte, daß der Plan von instabilen Gruppen ausgeführt werden sei. Wegen der Frontbannisten wurde Anklage erhoben und am Montag begann vor dem Schwurgericht in Leipzig unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hünemann die Verhandlung gegen die rechtsradikalen Verbrecher. Es haben sich wegen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten, der Handlungsgeselle Otto Herbert Reinhardt, der Handlungsgeselle Ernst Moritz Kirken, der Goldschmied Rudolf Dupré, der Bäckergeselle Wilhelm Schöne und der Diplomalbeiter Hermann Otto Krause aus Leipzig. Fünf Angeklagte sind im Alter von 17 bis 20 Jahren. Nach dem Eröffnungsbeschluss soll Reinhardt und Kirken am 8. Oktober vorigen Jahres in einer Sitzung des Frontbanns vorgeschlagen haben, in der Nacht zum 18. Oktober einen Sprengstoffanschlag auf die jüdische Synagoge zu verüben. Die anderen Angeklagten sollen von dem Plan Mitteilung erhalten, jedoch es unterlassen haben, die Polizei davon in Kenntnis zu setzen. Zur Verlesung vor dem Schwurgericht sind die Angeklagten zu sehen. Zur Verlesung vor dem Schwurgericht sind die Angeklagten zu sehen. Zur Verlesung vor dem Schwurgericht sind die Angeklagten zu sehen.

Der Angeklagte Reinhardt, ein junges Vorschüler in Faschistenuniform, versucht alle Schuld auf seine Mitangeklagten abzumwälzen. Er habe am 8. Oktober 1925 in einer Versammlung des Frontbanns den Plan entworfen und mehrere Leute beauftragt, Pulver und Sprengmittel zu beschaffen. Wiederholt wurden Sitzungen abgehalten und das Komplott eingehend erörtert. Auch die Flucht nach der Tat wurde besprochen, es wurde damit gerätselt, daß Geiseln zur Verfügung gestellt würden, damit die Täter schnellstens die Flucht nach Danzig ergreifen könnten. Angeklagter Reinhardt will in allen Sitzungen und Besprechungen nur zum Schein mitgemischt haben, da man ihm drohte, wenn er etwas verraten würde, daß er hingerichtet werde. Auch die anderen Angeklagten waren in den Sitzungen zugegen, wo das Komplott besprochen wurde. Der Angeklagte Dupré wurde beauftragt, die Bombe herzustellen. Er sollte eine Mischung aus Pulver und Kehl und übernahm sie dann seinen Komplizen. Was mit diesen Hilfsmitteln geschehen ist, konnte nicht festgestellt werden, da alle den Rat verloren hatten, das Komplott auszuführen. Nach dem völligen Art überbot sich jeder in seinen Forderungen und gleich verriet einige Mitglieder des Frontbanns selbst den Plan der Polizei, die dann die Verhaftung dieser Klänschmieder vornahm. Die Verhandlung wird zwei Tage dauern.

## Ausschlußbeschlüsse in Chemnitz und Plauen

Der Bezirksvorstand des Agitationsbezirks Chemnitz-Gräbigke beschloß in seiner Sitzung am Sonnabend den 10. April 1926: Die Landtagsabgeordneten Karl Dreifcher, Gerhardt (Vog. Chemnitz), Alfred Franz, Chemnitz, Walter Köhler, Wollstein, Max Müller, Chemnitz, und Frau Helene Wagner, Chemnitz, werden wegen beharrlicher Zuwiderhandlung gegen die Beschlüsse ihrer Parteiorganisation (§ 28 Abs. 1 des Organisationsstatuts) aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschlossen.

Die Plauer Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei hat am Freitagabend in einer sehr stark besuchten Mitgliederversammlung zu der politischen Situation in Sachsen Stellung genommen. Trotz schriftlicher Einladung sind die Abgeordneten Schmitz und Schurig an der Versammlung nicht erschienen. Der vom Ortsgruppenvorstand gestellte Antrag auf Ausschluß der beiden aus der Partei wurde gegen vier Stimmen angenommen. Nach diesem Beschluß der Ortsgruppe Plauen wird sich nunmehr der Bezirksvorstand am Mittwoch, dem 14. April, mit dem Ausschlußantrag der Ortsgruppe Plauen beschäftigen.

## Verbandstag der Sächsischen Mietervereine

Am 10. und 11. April hielt der Landesverband Sachsen im Bund Deutscher Mietervereine seinen 6. ordentlichen Verbandstag in Zittau ab. Der Bund umfaßt 136 Vereine mit 48 000 Mitgliedern.

Der Verbandstag am 11. April wählten 51 Delegierte aus 76 Vereinen mit 179 Stimmen und 9 Mitglieder des Landesverbandes mit 11 Stimmen bei. Zunächst gab der Vorsitzende J. Dornmann, Dresden, einen ausführlichen Bericht über die Arbeit des verflochtenen Geschäftsjahres. Der Verband hat im Laufe des verflochtenen Geschäftsjahres Verhandlungen mit der Reichs- und der Landesregierung über die Mietzinssteuer und Mietpreisbildung gepflogen. Gegen die Novelle zum Mietzinsgesetz hat er eine umfangreiche Denkschrift ausgearbeitet, die dem Justiz- und dem Arbeitsministerium überreicht wurde. Der Bund beteiligte sich an der großen Ausstellung für Wohnung und Siedlung in Dresden. Seine Ausstellungsbotele fanden weitestehende Beachtung.

Präsident Seidlet, Dresden, hielt dann einen Vortrag über

Die mieterpolitische Lage.

Er behandelte nicht nur die Wohnungsnot, sondern auch die einseitigen Steuererhöhungen. In einer Entschließung forderte er:

1. Schaffung eines Wohnungsgesetzes, das den Gemeinden ermöglicht, in großzügiger Weise Bodenverwertung zu betreiben,
2. Aufrechterhaltung des sächsischen Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken,
3. ein neues Hypothekengesetz,
4. Festelegung der unzulässigen Miet- und Hauszinssteuer, dafür ein besonderes Wohnungsbauabgabengesetz.

In den weiteren Punkten wird gefordert, daß die von der Landesregierung aufgewachten Mittel für eine soziale Wohnungsbauform verwendet werden. Des weiteren beschließt der Bund die für familiäre Hausbesitzer und die Zurückziehung hyn. Ab-

lösung der Novelle zum Mietzinsgesetz. Die vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium erlassenen Richtlinien für die Gewährung von Bauzulagen aus der Mietzinssteuer werden als Fortschritt begrüßt. Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Der Vorstand wurde in seiner vierzehnten Zusammenkunft einstimmig wiedergewählt. — Aus dem Kassenausschuß ging hervor, daß Einnahmen und Ausgaben mit 57 796,75 M. gegenüberstehen.

Nach der Mittagspause trat man in die Aussprache über die Beschlüsse ein. Vorgesagte Witwe, brachte eine lange Entschließung ein, in der gesteigerte Aktivität und Einheitslichkeit in der Mieterbewegung gefordert wird. In ähnlichem Sinne sprach Seidemann, Oberstaatsanwalt, Dresden, betonte, daß soziale Arbeit allein zum Ziele führe, und nicht Mobus. Die eingeschlossene Entschließung wurde endlich mit 176 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Als Tagungsort für den nächsten Verbandstag wurde Mittweida bestimmt. Mit der Beendigung der Tagung stellte der Vorsitzende fest, daß die Zittauer Tagung geschloßenes und gute Arbeit geleistet habe.

## Sachsen

### Die Ablieferung der Mietzinssteuer

Bestimmungen für die Gemeinden unter 3000 Einwohnern

Von der Verpflichtung, die für den Wohnungsbau bestimmten Grundstücke der Aufwertungssteuer an den Bezirksvorstand abzuliefern, werden Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern einer Verordnung des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums zufolge dann befreit, wenn sie Wohnungsnot haben und aus dem ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln im Jahre 1926 wenigstens vier Wohnungen zu erstellen vermögen.

Die Befreiung tritt nur dann ein, wenn die Gemeinde die Verpflichtung übernimmt, rechtzeitig die Mittel herbeizustellen, um diese vier Wohnungen ohne Inanspruchnahme der Wohnungsbau-

er geordnete. Mit jeder Stufe, die er hinabstieg, wurde es dunkler in ihm.

Die Spulgestalt am Boden rächelte noch immer. Eine Stimme im Halbdunkel sagte: „Tretet näher.“

Wohnplaine trat dicht an den Gefolterten heran. Der Mann, der da am Boden festgebunden lag, war gänzlich nackt, bis auf jenen scheußlich schamhaften Lumpen, den man das Feigenblatt der Follter nennen könnte. Er mochte ein Mann von fünfzig bis sechzig Jahren sein. Er war lach; weiße Barthaare umstarrten sein Kinn. Seine Augen waren geschlossen, der Mund stand offen; alle seine Zähne waren sichtbar. Das magere, knochige Gesicht glich einem Totenkopf. Arme und Beine, mit Ketten an die vier Steinpfeiler gebunden, bildeten ein X. Auf Brust und Bauch lag ihm eine eiserne Platte, darauf ein Hausen von fünf ober sechs großen Steinen. Sein Rücken war bald ein Hauch, bald ein Brüllen. Langsam und gelassen wie eine Totenglocke erhob der Sheriff die Stimme.

Er sprach: „Mensch, der du hier in Ketten liegst, höre zum letzten Male die Stimme des Gerichts. Du bist aus deiner Felle in diesen Kerker geführt worden. Laut allen vorgeschriebenen Formeln rechtens befragt, hast du, besetzt vom Geiste bösen und verruchten Eigensinns, in Schwellen dich verhaselt; du hast dich geweigert, dem Richter zu antworten. Das ist ein leichtfertiges, verabschwendwürdiges Verhalten. Wer nichts gesteht, bekommt alles.“

Deshalb, Mensch, weil du vom Schwellen nicht gelassen hast, obwohl gesunde Geistes und völlig gewahr, was das Gericht dich fragt, weil du teuflisch verstockt bist, hat man dich der Follter unterworfen.“

Es trat eine Pause ein. Man hörte das schreckliche, pfeisende Aremholen des Mannes unter dem Steinhaufen. Der Sheriff begann von neuem:

„Am ersten Tag hat man dir nichts zu essen und zu trinken gegeben. Am zweiten Tag hat man dir wohl zu essen, aber nichts zu trinken gegeben. Man hat dir drei Bissen Gerstenbrot zwischen die Zähne gesteckt. Am dritten Tag hat man dir zu trinken, aber nichts zu essen gegeben. Man hat dir drei Glas Wasser eingefüllt, das dem Klostermönch bes-

Befängnisses entnommen wurde. Heute ist der vierte Tag gekommen. Wenn du auch jetzt noch nicht antwortest, bleibst du hier, bis du stirbst. So will es das Gesetz.“

Der Sheriff beugte sein strenges Gesicht zum armen Sünder nieder.

Er hielt inne. „Mensch, der du hier am Boden liegst...“ „Mensch,“ rief er laut, „hörst du mich?“

Der Mann rührte sich nicht.

„Im Namen des Gesetzes,“ sprach der Sheriff, „öffne die Augen.“

Die Lider des Mannes blieben geschlossen.

Auf einen Wink des Sheriffs traten der Wapentate und der Gerichtsrat heran. Der Wapentate stellte sich neben den Kopf des armen Sünders, der Gerichtsrat blieb hinter Wohnplaine stehen.

Der Arzt trat zwischen die Pfeiler zurück.

Man erhob der Sheriff seinen Rosenkranz wie ein Priester den Weihwedel; mit lauter Stimme redete er den Verbrecher an. Er wurde fürchterlich.

„D du Klenber, sprich! Die Stunde der Gegenüberstellung ist gekommen, und du mußt Antwort stehen. Verstehe dich nicht in deiner Widerspenstigkeit, tue, was man von dir verlangt, folge dem Gericht, gehorche, wende den Kopf, öffne die Augen und sage, ob du diesen Mann erkennst!“

Der arme Sünder wandte den Kopf nicht und tat auch die Augen nicht auf.

Der Sheriff warf erst dem Gerichtsrat, dann dem Wapentate einen Blick zu.

Der Gerichtsrat nahm Wohnplaine Hut und Mantel ab, sagte ihm an den Schultern und stellte ihn so vor den angefertigten Mann, daß das Licht auf ihn fiel. Wohnplaines Gesicht mit seinen seltsamen Formen leuchtete hell aus all dem Dunkel hervor.

Zu gleicher Zeit beugte der Wapentate sich nieder, sagte mit beiden Händen den Kopf des Verbrechers an den Schläfen, drehte diesen schlaffen Kopf nach Wohnplaine hin und rief ihm mit beiden Tauen und beiden Zeigefingern die geschlossenen Augenlider in die Höhe. Die schlauen Augen des Mannes wurden sichtbar.

(Beschreibung folgt.)

## Die grinsende Frage

Roman von Victor Hugo

Aus dem Französischen überlegt von Eva Schumann

Dieser Lehmann war lebendig. Ganz dicht neben diesem Gespenst stand unter einem der Bögen des Gewölbes ein riesiger Lehnstuhl auf einer großen flachen Steinplatte, ihm zur Seite zwei Männer in langen, schwarzen Gewändern; auf dem Stuhl saß ein Greis in rotem Talat, bleich, düster und reglos, einen Rosenkranz in der Hand.

Dieser Rosenkranz hätte einem weniger unwillkürlichen Menschen als Wohnplaine Ausschlag geben können. Die Befragung mit einem Blumenstrauß in der Hand Recht zu sprechen, kam denjenigen Beamten zu, die königlich und häßlich zugleich waren.

Der Greis auf dem Stuhl war der Sheriff der Grafschaft Surret.

Neben dem Lehnstuhl stand ein mit Büchern und Papieren bedeckter Tisch, auf dem der lange weiße Stab des Sheriffs lag.

Die beiden Männer rechts und links vom Sheriff waren gelehrte Doktoren. Der eine trug den schwarzen Talat des Rechtsgelehrten, der andre den des Arztes.

Hinter dem Sheriff, auf der Stufe, die der flache Stein bildete, hockte ein Schreiber.

Ein einerm der Pfeiler lehnte mit gekreuzten Armen ein ganz in Leder gekleideter Mann. Das war ein Ferkelstreckt. Ueber allem lag eine gräßliche Stille.

Ganz verhärtet stand Wohnplaine oben an der Treppe; er begann an allen Gliedern zu klittern.

Die Schauer durchzogen ihn. Er suchte sich zu bestimmen, was für ein Verbrechen er begangen haben konnte. Immer mehr verhärtete sich das dunkle Rätsel des Gesetzes, in dem er sich gefangen sah.

Die menschliche Gestalt am Boden rächelte zum zweiten Male.

Wohnplaine hatte das Gefühl, als ob ihm jemand leise an der Schulter vorbeigleite.

Es war der Wapentate.

Wohnplaine begriff, daß er hinabsteigen mußte.



Dresdner Chronik

Frühlingstrauch in einem Fabrikraum

hh. tausende Hämmer. rote Blut, an Eisen fressend. Durch trübe Fenster der lichte Tag. Zahl Menschengeichter, von Arbeit gebleicht.

Ich wüßte nicht, wo mich ein frühlingstoller Wurf mehr ergriffen hätte! Eben erschlossene Blüten an düsterer menschlicher Arbeitsstätte.

Aber so greulich erschien mit den lichten gelben Gebilden die Hand, die ihn gehalten, da hineinversteckt hatte.

Der Kontrast war fessam, in dem dieser Strauch mit seiner Umgebung stand. Wie er so gänzlich verschwand in den ewig sich wiederholenden Konstruktionen von Pfeilern und Stützen der riesigen Halle.

Dieser Strauch des Frühling drängte sich nur dem frühen, schärferen Beobachter auf. Er griff ans Herz durch seine scheinbare Zusammenhanglosigkeit.

Man lauscht seine Meinung im Andick dieses Strauches aus. Er ist auf einmal in aller Mund. Alle finden ihn ungemein schön.

In den Pausen steht der eine oder der andre verflochten bei ihm. In seinem Magen vergißt der blasse Mann am Bebel der Maschine, neues Wasser in das Glas zu gießen.

Ich habe Strauche gesehen in kristallener Nase auf zierlichem Teetisch. In kostbaren Schalen, Sträuße, die sich harmonisch einfügten in eine anmutige Umgebung.

Veredtes Schweigen

Dresdner Nachrichten, Dresdner Anzeiger und Volkspostprozess

Der Volkspostprozess begann mit einer Anklage. Die beispiellos war, brachte dann eine Entlastung nach der andern, und schließlich fand, nach und nach und erkennbar mit dem Will der Schwärze, der Nationalismus in leibhaftiger Gestalt zur allwissenden Anklage.

In Dresden erscheint eine schwarzweiße Tageszeitung, die Dresdner Nachrichten. Diese Zeitung kann, wenn es ihr darauf ankommt, selber schmalen, kann aber auch, je nachdem, sehr reichlich sein.

Politisches Interesse hat es für die Dresdner Nachrichten nämlich nur, wenn sich ein Ereignis gegen links ausbreiten läßt. Man stelle sich nur einmal das Kamäpöche vor, daß alle mit dem Prozess verbundenen Affären sich im Lager der Linken abspielen hätten, und man weiß sofort, wieviel ausgedehntes politisches Interesse ein solcher Skandal dann für die Dresdner Nachrichten gehabt hätte!

In Dresden erscheint aber auch der Sonntagsprediger, der Dresdner Anzeiger. Er hat eine Feigung für das laubungs- volle und vorkepp hier und da einige abgezählte Krönen. Während des Volkspostprozesses allerdings hat er nur insoweit gewinkt, so, daß es niemand wahrnehmen sollte, was vorgelassen aber hat er, in seinen beliebigen Tönen zu predigen.

Die Einzelheiten... Ende Februar 1925 ließ sich Reichner von Wendel aus der Kasse des Sächsischen Volksposters 6000 M. auszahlen und gab dieses Geld als persönliches Darlehen an einen Verwandten in Dresden.

Der Anzeiger verflücht, daß der „Verein in Dresden“ der Nationalen Klub war!

Die Milchversorgung der städtischen Bevölkerung

Die Milchversorgung der städtischen Bevölkerung mit guter Milch ist von der größten gesundheitlichen Bedeutung. Besonders in der bevorstehenden warmen Jahreszeit wird die Milch wieder eine große Rolle spielen.

Es ist deshalb eine bedeutungsvolle gesundheitliche Aufgabe, die Gefahren der Milch zu beseitigen, und da kann als erweislich gelten, daß die Gefahren um so mehr vermieden werden, je mehr die Zentralisierung der städtischen Milchversorgung durchgeführt worden ist.

Der Verfasser der Denkschrift ist der Mannheimer Bürgermeister Dr. Walli, der zur Vertretung des Zentralisierungsgebanlens Veranlassung hat, denn Mannheim hat in seiner Mannheimer Milchzentrale A. G. eine Zentralisierungsanlage, die im In- und Auslande als musterhaft angesehen wird.

Nach einem Vortrage von Dr. W. Fries im Verein badischer Tierärzte in Karlsruhe gibt die Denkschrift für Fleisch- und Milchhygiene einen Einblick in die neuzeitliche Milchversorgung einer Stadt. Aus über 400 Gemeinden besorgt die Milchzentrale die Milch danach, zum Teil wird die Eisenbahn zum Transport benutzt, und zwar mittels besonderer Milchwagen, zum Teil besorgen Kraftwagen und Viehdurchwerke die Zufuhr.

Verbände, Vereine und Einzelpersonen auf, denen

Rechner oder Döcker... aus der Kasse des Volksposters... Das es der Junghe, Wernisch, Stahlheim und Konfession waren, die die betreffenden Gelder erhielten, sagte dieser Dresdner Anzeiger wiederum nicht!

Gegen die Schulreaktion

In einer von der Gemeinschaft proletarischer Freidenker nach den Blumenjulen einberufenen öffentlichen Versammlung, die überfüllt war, sprach Professor Dr. Hartwig von Mann, der Vorsitzende der Internationalen Freidenkerorganisation, über „Kirche, Schule und Kultur“.

Arbeitsbescheinigungen und Zeugnisse

Der öffentliche Arbeitsnachweis Dresden und Umgegend schreibt und: Während früher Arbeitsbescheinigungen und Zeugnisse im wesentlichen dazu dienten, dem Arbeitnehmer sein berufliches Fortkommen zu erleichtern, sind heute die Arbeitsbescheinigungen außerdem von größter Wichtigkeit für den Unterstützungsanspruch des einzelnen Arbeiters und Angestellten bei einseitiger Arbeitslosigkeit.

Arbeitsbescheinigungen und Zeugnisse

Der öffentliche Arbeitsnachweis Dresden und Umgegend schreibt und: Während früher Arbeitsbescheinigungen und Zeugnisse im wesentlichen dazu dienten, dem Arbeitnehmer sein berufliches Fortkommen zu erleichtern, sind heute die Arbeitsbescheinigungen außerdem von größter Wichtigkeit für den Unterstützungsanspruch des einzelnen Arbeiters und Angestellten bei einseitiger Arbeitslosigkeit.

Reim öffentlichen Arbeitsnachweis Dresden und Umgegend ist in letzter Zeit vielfach die Beobachtung gemacht worden, daß auf die Ausstellung der Arbeitsbescheinigungen leider nicht die erforderliche Sorgfalt verwendet wird. Häufig ist die angegebene Dauer der Beschäftigung verhältnismäßig falsch.

Nach der Ansicht der Arbeitsbescheinigung muß auch auf ihre Form und ihre Vollständigkeit hingewiesen werden, die für die Arbeitsvermittlung oft von ausschlaggebender Bedeutung ist.

eingestellt. Die Milchhändler werden auf Zuverlässigkeit und Sachkenntnis geprüft und je nach Bedürfnis zugelassen. Unzulässige Elemente werden ausgeschlossen.

Das eigentliche Gerippe für die Tätigkeit der Milchzentrale bilden, so schreibt das genannte Fachblatt, die Außenbeamten und die in den Produktionsgebieten eingerichteten Sammelstellen und Tiefkühlstationen. Die von den Erzeugern gelieferte Milch wird in den Sammelstellen auf Frische und Sauberkeit geprüft, geleicht und mit Wasser vorgemischt.

Im Zentralbetriebe in Mannheim werden die einzelnen Sendungen nachmals auf Säuregehalt, Säuregrad und Verkeimung sorgfältig geprüft. Sodann wird die Milch gereinigt und keimfrei gemacht.

Was solche Organisierung zu leisten vermag, das zeigen uns einige Beispiele. So mußten 1924 nur 0,75 Prozent aller untersuchten Milchproben wegen Verkeimung und Verunreinigung beanstandet werden, gegen 8,4 Prozent in den Jahren 1912 und 1913. Der in der Milchzentrale herangezogene Schmutz ist mit einer Jahresmenge von nahezu drei Zentnern gerechnet worden.

Das ist das!... beweiskräftig sind und die die Zentralisierung der städtischen Milchversorgung als die notwendige Einrichtung zur Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Milch erscheinen lassen. Die Nebenarten von „unangeordneten Sozialversicherungsbeiträgen“ sind Nebenarten von Deuten, die nur ihre persönlichen Interessen kennen.

Gewerbegericht

Ein antijüdischer Geld... Vor kurzem hat sich ein junger Mann vor dem Gewerbegericht als vorerzähliger gekannter Arbeiter produziert, indem er mit dem in „Stahlheim“ gekleideten militärischen Wägen Eindruck auf den Richter zu machen versuchte.

Arbeitsbescheinigungen und Zeugnisse

Der öffentliche Arbeitsnachweis Dresden und Umgegend schreibt und: Während früher Arbeitsbescheinigungen und Zeugnisse im wesentlichen dazu dienten, dem Arbeitnehmer sein berufliches Fortkommen zu erleichtern, sind heute die Arbeitsbescheinigungen außerdem von größter Wichtigkeit für den Unterstützungsanspruch des einzelnen Arbeiters und Angestellten bei einseitiger Arbeitslosigkeit.

Mittels im Obst.

Zeitiger wie in anderen Jahren, begünstigt durch das anhaltende warme Frühlingwetter, legt die Natur jetzt schon ihr fest- und Blütenkleid an. Die Baumblüt, die schönste Zeit des Jahres, hat begonnen.

Verkehrserbindung Niederwartha-Meißen.

Verkehrserbindung Niederwartha-Meißen. Inzwischen haben sich vergangenen Sonntag Gemeinderäte und Gemeindevorstände des linken Elbarmes von Niederwartha bei Weitz im Volkspost-Tourenwagen sechs Stellungsnahmen















# Die „Butalb-Notwehr“ der Hinkemann-Frolche

Einem Artikel des Genossen Kadife entnehmen wir folgendes:  
Die Anatomie lehrt, daß vielfach Gefühle, welche nicht richtig zum Ausdruck kommen, also steil und eingeklemmt sind, unter der Schwelle des Bewusstseins fortwirken und schließlich in ganz bestimmten Ausdrücken, in Emotionen und Explosionen münden.

Der Richter, der seinerzeit den Dresdner Hinkemannskandal abzuurteilen hatte, sich sich von diesem individual-psychologischen Standpunkt ansehnlich leiten und auch die angelegten national-moralischen Maßstäbe frei, weil los einzelne vaterländische Gefühl anstandslos der Dornäpfel aus der Bühne sich Luft machen mußte und die Angelegten infolgedessen — angeblich unter dem Wahn der Pöbelation — zu großen, pfeifen, trampeln, zischen und lauten begannen. Der Richter hätte ihnen also Butalb-Notwehr zu verweigern hätte, ein gebildete Notwehr auf ihr vaterländisches Gefühl...

Das Gericht mußte, wenn die Angelegten freigesprochen werden sollten, die Annahme vertreten, daß eine plötzliche Erregung während der Vorstellung zu plötzlichen Schandthaten: „Butalb-Notwehr“.

Wir haben schon damals erklärt, daß wir diesen Standpunkt nicht teilen, und zwar aus folgenden Gründen:  
Am Tage des Hinkemannskandal war ich am Nachmittage auf der Pressebühne des Landtags bekannt, daß es bei der Hinkemann-Aufführung am Abend „etwas“ gegeben würde, und die Dresdner Journalisten befanden sich demzufolge in erhöhter Alarmbereitschaft — und die gleiche und prompte Berichterstattung über den Skandal hätte auch dem Richter zu denken geben müssen.

Durch den Volksoffiziersprozeß ist aber auch einwandfrei festgestellt worden, wo die Urheber des Hinkemannskandal zu suchen sind (die ja damals „nicht ermittelt“ werden konnten) und daß die Täter kraft ihres eigenen freien und geplanten Willens voll verantwortlich zu machen sind, daß also eine einseitige Notwehr auf keinen Fall in Frage kommt. Denn dieser in mandatorischer Hinsicht recht aufschreiende Prozeß gegen die „Ehrenmänner“ des Volksoffiziers hat bewiesen, daß der Hinkemannskandal durch den „Wirtschaftlichen Nachrichtenendienst“ des Verbandes sächsischer Industrieller finanziert, daß der Skandal durch einen Zweckgedruckte Flugblätter planmäßig herbeigeführt wurde.

Die Forderung der Hinkemann-Vorstellung war als ein Willensakt nationalisierender Elemente in feiner energiegeladener Ausprägung, und der schändliche Aufnahmestrich Dr. Kaiser, der seinerzeit ebenfalls an dem Dresdner Kulturstande teilnahm, an dem er teilnahm, — denn er wollte — heute gegen seine eigenen Freunde aus dem vaterländisch-deutschnationalen Industriellenkreis als intellektuelle Urheber des Skandalvorgehens.

Der Grundgedanke der freischwebenden nationalen Prozeß, die Vorstellung auf jeden Fall zu hören, ist — wie wir oben festgestellt haben — vor der Beobachtungsperiode im Theater, die in der Urteilsbegründung die ausschlaggebende Rolle spielt, geübt worden. Bei dem „offiziellen Moment“, als nämlich die beanstandeten Stellen des Hinkemann gezeigt bzw. gehört wurden, handelte es sich nicht erst um das Wesen eines Entschlusses, sondern um das Aufrechterhalten und Durchführen einer vorgefertigten strafbaren Handlung.

Zusammenfassend stellen wir fest: Der Freispruch im Hinkemannprozeß war ein Fehlurteil, das sich auf nicht vorhandene „Beweise“ stützte. In ein Wiedererfassungverfahren selber nicht zu denken ist, was die Erfahrung eine ernste Warnung für die Zukunft sein.

## Bunte Tageschronik Eine furchtbare Schiffskatastrophe

ereignete sich im Hafen von Port Arthur in Texas. Ein Dampfer lag aus bisher noch nicht geklärten Gründen in die Luft, wobei 23 Personen getötet und 20 Personen schwer verletzt wurden. Das Groß-Lanzschiff „Gulf of Venezuela“ mit einem Gesamtgewicht von 1000 Tonnen, der ungefähr 50 000 Zentimeter aufnahmefähig war, zerfiel in wenigen Minuten in Schutt und Asche. Am Sonntag morgen brach plötzlich ein Brand aus. Der Dampfer, der sich mit unheimlicher Geschwindigkeit bewegte, sah bald der ganze Dampfer in hellen Flammen und löste eine Explosion nach der anderen aus. Weisagende Stahlplatten, die durch die Explosion vom Schiffkörper losgerissen wurden, saßen, saßen, darunter Körper entsetzlich verstümmelter Menschen, werbelten durch die Luft und wurden mehrere hundert Meter weit fortgeschleudert.

Eine Refektorial ohne Beispiel ist in der Reichshauptstadt ausgebrochen. In den Schloßkellern, Kellern, Speisekellern ist nun auch der „Dauerredner“ und „Lautsprecher“ angetreten. So trauert im Augenblick im Parkgarten der Handball für ein „Dauerredner“ im „Lautsprecherhaus“ beginnendes „Schloßtagelied“. In zehn Sprachen verläßt sich dieser reformulierende Dauerredner. Tagelang hat der durch die Presse hochartig angekündigte „Dauerredner“, der am Sonntagabend, mittags 1 Uhr, seinen „Dauerredner“ begann, bereits die Arbeit eingestellt. 24 Stunden täglerte er hin und her, von dieser und jener Themen in die Arme genommen. Dann ging es nicht mehr; das Ding hatte verlagert.

Zwei Staatsbahnmaterialien sind am letzten Sonntag in Berlin ausgeführt worden. Am Bahnhof Potsdamerdamm und in Reußlin wurden Ringabzüge mit Steinen beworfen, so daß mehrere Schäden verurteilt, glücklicherweise aber keine Verletzungen verurteilt wurden. Im Reußlin konnten die Täter, zwei Schützlinge, festgenommen werden.

Ein Eisenbahnunglück, das durch ungenügende Verkehrssicherungen verursacht worden ist, wird vom Bahnhof Zeitzel bei Weimar 6 Uhr morgens entsetzende Zug fuhr in das von Weimar nach Rudolstadt fahrende Personenzug und zerstückelte den Wagen vollständig. Sämtliche neun Insassen wurden verletzt, darunter drei Personen schwer.

Der verhängte Ein- und Ausreicher Paul Kolmann, der im Juli 1925 aus dem Reichsbau in Brandenburg entlassen war, ist von der Berliner Kriminalpolizei wieder verhaftet worden. Als die Beamten des Wohnungsdienstes die Wohnung seiner Eltern gewaltsam öffnen wollten, hatte er sich aus dem vierten Stock an einer Fädenleine in den Hof heruntergelassen. Erst am vergangenen Sonntag wurde Kolmann in einer anderen Wohnung überführt und nach erheblichem Kampf festgenommen.

Einem Anbahnungsunterricht gegen die Todesstrafe lieferte vor einigen Tagen die Gerichtsung zweier Verbrecher namens Ge und Johann Blöcher in Rorbürg in Jugoslavien. Während sich Ge, der ältere der beiden Männer, gleichgültig in sein Schicksal ergab, erfolgte die Exekution des

andern unter geradezu erschütternden Begleitumständen. Als er den Hof betrat und den Geigen erblickte, an dem bereits sein Komplize hing, ging ein furchtbares Zittern durch seine Glieder, und sein Gesicht wurde ganz blau. Er warf sich zu Boden und schlug mit seinem Kopf so lange gegen den Boden, bis er ohnmächtig war. Als er wieder zu sich kam, schleppten ihn die Genossen einige Schritte näher zum Galgen; er wehrte sich jedoch mit solcher Heftigkeit, daß die Genossen so laut, daß man aus Weimar weit über die Gefängnismauern vernahm. Es dauerte eine volle Viertelstunde, bis der Geiger seine Arbeit beenden konnte.

Der Glockenturm der alten Kirche Notre Dame in Toulouse ist eingestürzt. Die Trümmer des Turmes geschnitten bis drei Häuser, die am Fuße des Turmes erbaut waren. Zwei Personen wurden getötet, fünf schwer verletzt.

Die Ueberflutungsgefahr am Tigris hat sich nach Meldungen aus Bagdad wesentlich vergrößert. Der Dammbau ist jetzt 120 Meter breit und läßt 2000 Tonnen Wasser in der Sekunde durch die Öffnung. Die Stadt Bagdad ist nun vollständig von Wasserfluten umgeben und liegt etwa fünf Meter unterhalb der Wasseroberfläche des überfluteten Gebiets. Infolge dessen sind sämtliche Einwohner der Stadt evakuiert worden, die Dämme zu verstärken. Der Gesamtschaden wird auf etwa eine Million Pfund Sterling (20 Millionen Goldmark) geschätzt.

## Schach

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Dresden.  
Aufgabe 288. G. Köbel, Dresden (Volk und Zeit 1920).  
Schwarz



Weiß zieht an und setzt in zweien Zuge matt.

Stellung: Weiß: Kg7, Td7, Td6, Se3, gl, Ba3, c2, d5, g6. Schwarz: Kd1, Lc5, Ba4, Sd5, g7 (9:6).

Lösung zu Aufgabe 288 (G. Köbel). 1. Lb3! Ein Scharfzüger mit einem hinzugefügten Matt (1. cXl, 2. Dxc5). Auf Kd5 folgt Matt mit dreifacher Bedrohung.

Richtige Lösungen: G. Köbel, E. Opig, W. Roider, A. Wortmann, E. Röhberg, E. Gerlach, Dresden; G. Reusch, Reichen; A. Söhne, Kulmbach; S. Endner, Jüterbog.

## 4. Bundeskongress des Deutschen Arbeiter-Schachbundes

Der diesjährige Bundeskongress, es sollte eigentlich Zeit heißen, zu Ehren in Jena abgehalten, übertraf alle bisherigen Zusammenkünfte, und erhielt ein besonderes internationales Gepräge durch die Beteiligung von Genossen aus Oesterreich, der Schweiz und aus Ausland. Ein Umzug am 1. Feiertag durch die Stadt vereinigte 700 Schachgenossen.

Jam Kongress, der im Löwen tagte, waren 114 Delegierte, die 301 Ortsgruppen mit 2900 Mitglieder vertraten, stimmberichtig. Aus dem 4. Bezirk waren die auf Lausitz, Pommern, Mecklenburg und Posen alle Vereine vertreten. Der Bundesvorsitzende kam, nach der Begrüßung durch Vertreter der Stadt, der Gewerkschaften, der Arbeiterportverbände usw., hervor, daß die Zahl der Ortsgruppen von 200 auf 400 gestiegen ist. Nicht zuletzt schloß sich die Mitgliederzahl, die sich von 1920 auf 1925 erhöhte. Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor. Von den Berichten sei der des Vorsitzenden der Arbeiter-Schach-Internationale hervorgehoben. Es befanden sich Vereine in der Schweiz 5, in Dänemark 1, in der Tschechoslowakei 1. Oesterreich vertrat über 200 Mitglieder, und in Jugoslawien sind nach dem Bericht des Genossen Neumann 4500 Schachspieler in den Sektionen zusammengefaßt. Als weiterer Boden erweiten sich Holland und Schweden. In Ungarn dürfen sich nach dem Fall des Hortregiments die Vereine zu einem Verband zusammenschließen. An internationalen Turnieren sind geplant: Berlin, Wien 1927, Wien und Koflau. Das Statut der Internationale wurde angenommen.

Die verschiedenen Anträge, über 100, fanden eine glatte Er-

ledigung. Hier haben wir die Reorganisation der Bundesmeisterschaft hervor. Die Einzelmeisterschaft wird nur in Bezirk und Kreis, die Vereinsmeisterschaft wird über Bezirk, Kreis und Gau bis zum Bund ausgetragen. Ein Teil der Kosten übernimmt die Bundeskasse. Die Mannschaftspunkte bleiben auf 10 Mann und 5 Ersatzleute bestehen.

Die Turniere und Wettkämpfe wurden im Volkshaus ausgetragen. Im Mittelpunkt des Interesses stand der Bundesmeisterschaftskampf. Die gemeldeten Meister traten alle an und hatten sich diesmal nicht über Beitritt zu belegen. Sieger blieb Senzberger, Nürnberg, mit 8 1/2 Punkten. Es folgten Windfuß, Ebenfeld, 5 1/2. (Die Entscheidung erfolgte durch System (Senzberger, Rens, Hamburg, S. Rofen, Rannheim, und Radmann, Gera, 4 1/2. Schwarz, Nürnberg, 4. Bomsdorf, Krefeld, 3 1/2. Oigermann, Kofberg, 3 1/2 und Vredow, Brandenburg, 1 Punkt. Mit Spannung wurde das Resultat des 1. Ländermeisterschafts Teutschland gegen Ostland erwartet. Die Russen siegten mit 8 1/2:2 1/2, konnten aber in den internationalen Hauptturnieren nicht entsprechend durchsetzen. In den fünf Gruppen siegten Schachklub, Jena, Weismann, Leipzig, Anoth, Gera, Bischof, Nürnberg, und Teutschland, Ostland. Im übrigen beteiligten sich an den Hauptturnieren B 10, an den Nebenturnieren 105 und an den Jugendturnieren 80 Genossen. Mit besonderem Eifer war der Wettkampf Nürnberg gegen Berlin von den Vereinen arrangiert worden. Die ersten siegten an den 70 Partien mit 38:32. Noch größer war die Wettkampf beim Kampf 8. gegen 8. Kreis. Die Zeit war hier zu kurz, so daß bei einem Stand von 44:36 für die Sachsen die Partien abgebrochen werden mußte. Nach Abschätzung der Einzelpartien ist das Resultat 49:44 1/2. Die Dresdner erzielten hier 7:4 und die gesamte Mannschaft des 4. Bezirks 12 1/2:8 1/2 Punkte. Auch sonst waren unsere Genossen erfolgreich angetreten. R. Wochmann, G. Koppelt und Richter, Dresden, wurden Sieger in ihren Gruppen.

Für Geselligkeit war reichlich gesorgt worden. Die Jener Genossen haben die übernommenen Verpflichtungen in einwandfreier und aufopfernder Weise erfüllt.

## Schachnachrichten

Dresden. Die Russenmannschaft, durch das Wetter am Ausflug in die Schweiz verhindert, trat am Sonntag im Volksklub gegen unsere besten an und bewies erneut ihre Spieltärke. Teutschland spielte an 30 Partien simultan und gewann an 20, verlor eine Partie (Frank), 9 Partien wurden remis. Ein Wettkampf gegen die besten Dresdner Spieler wurde an fünf Partien abgebrochen. Es sah sich gegenüber: Lehmann — Bauer, Freising gegen Gieseler, Semerow — Semer, Griesnow — R. Wochmann und Lewmann — Lehmann. Nur die Partie am 2. Brett wurde remis, so daß die Russen mit 4 1/2:1 1/2 siegten.

Altschach. Im Reichen Hof trugen am Sonntag, dem 18. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, die Abteilungen Sachsen, Reußland, Pommern und Ostland gegen die Spielgemeinschaft Dresden-Beize einen Propagandawettkampf aus. Günstig verlief die Partie. Anschließend gefälliges Beisammensein mit Familienangehörigen. Seidenau. Am 15. April wird H. Bauer, Dresden, im Deutschen Krug simultan spielen. Den Gästen wird Zeitspaße gestattet.

Zuschriften. Schach betreffend, an Bezirksleiter R. Gräßlin, Fehlbrennstraße 18.



## Welch' herrliche Erscheinung mit 40 Jahren!

Versehen Sie tadellos verschiedene von uns anzuwendende Schönheitsmittel, lassen Sie Ihren Körper äußerlich beherrschen und pflegen mit dem modernen und kostbaren Mittel — das wird Ihnen nicht helfen, wenn Ihr inneres System bzw. Ihr Stoffwechsel nicht in Ordnung ist, denn wahre Schönheit mit einem schlanken, frischen und jungen Körper entwickelt sich nur von innen heraus. Nehmen Sie deshalb jeden Morgen eine kleine Menge Kruschen-Salz in Ihrem Morgenkaffee oder Tee (beser noch in einem Glas warmen Wasser) ein. Kruschen-Salz reinigt das Frühlingsblut, das erhält Ihre inneren Organe bei guter Funktion, reinigt Ihr Blut und verleiht Ihr ganzes Aussehen System.

In Apotheken und Drogerien M. 2.— pro Glas für 3 Monate ausreichend. BEUTHEN & SCHULTZ G.M.B.H., BERLIN N 39, PANKSTRASSE 12-14  
Fabriklager Curt Rupprecht, Dresden-A., Josephinenstraße 12  
Fernruf 2038.

**DAS ZÜNDHOLZ  
DES GENOSSENSCHAFTERS!**

Es wirbt durch seine hervorragende Beschaffenheit immer neue Anhänger

Erhältlich in allen Verteilungsstellen des  
Konsumvereins  
**Vorwärts**  
Warenabgabe nur an Mitglieder!

**Das Buch  
des Monarchen**

Kapitän z. S. Persius:  
**Menschen und Schiffe  
in der Kaiserlichen Flotte**

Gestern erschienen —  
**heute** das Gespräch  
des Tages  
180 Seiten — 3,75 M.

Durch jede Buchhandlung  
oder den Verlag J. H. W. Dietz Nachf.  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3

**Küchen**  
Schlafzimmer, Altschach, Aus-  
ziehliche, Silber, Schöne  
einzelne Möbel  
Sofas, Chaiselongue, 1164  
Reisetaschen mit Aufhängen  
Infer in ein überhauf  
Stühle mit Teilschirmen

**Bruno Rögler**  
Schäferstr. 33, im Hofe  
Nr. 1, Schuhwerkfabrik  
auf Verh. Schillerstr. 28/1928

Wir empfehlen  
Geistlich:  
Das blühende Blockhaus,  
Kochbuchhandlung  
und ihre Filialen.

**Schenten Sie**  
Ihrer Frau  
Webel's Frau  
in Gangleinsdorf  
Markt 3.—  
Dresdener Volks-  
buchhandlung.